

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

148 (30.6.1919)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postschalter monatlich 1,80 M., vierteljährlich 5,90 M., zugestellt durch unsere Träger monatlich 1,40 M., vierteljährlich 4,20 M.; durch die Post 1,44 M. bezug 4,32 M. vorauszahlbar. Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 1/2 8-11 und 2-4 1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelle od. deren Raum 25 S., zuzügl. 30 % Texterzugszulch. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestelle 49 norm. für groß. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die Unterzeichnung.

Paris, 28. Juni. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages begann um 3 Uhr 12 Minuten und war um 3 Uhr 50 Minuten beendet. Die deutschen Delegierten unterzeichneten zuerst. Es ergingen sich keine Zwischenfälle und es wurden keine Proteste abgegeben.

So ist denn der notwendige letzte Schritt vollzogen. Die Tragödie, deren letzter Akt am Tage der deutschen Niederlage bei Meims anhub, ist am Ende. Wie ganz anders hatten wir uns diesen Tag vorgestellt, an dem zum ersten Male das Wort Frieden Wahrheit werden würde! Wir hatten geträumt von einem Tag der Freude, des ungetrübbten Glücks, der Menschenverehrung, der Wiederherstellung der Harmonie, wir hatten geglaubt an einen Festtag, für den wir vier festliche Tage hingegeben hatten.

Und nun ist es stumpfsinniger Mitleid, niemand freit sich, niemand jubelt; gleichzeitig und mit ausdrucksloser Miene nimmt das Volk von dem Abschlus der Tragödie Kenntnis. Der Vorhang fällt über die Zeit, in der das deutsche Volk stark war und trotz aller kapitalistischen Ausbeutung an Wohlstand und Kultur wuchs. Ein neues Drama hebt an, das Drama des würgenden Friedens.

Aber eines haben wir trotzdem aus dem Zusammenbruch gelernt: Den Glauben an die bessere Zukunft der deutschen Nation. Aus dem Leid werden wir lernen, die neuverwonnene Freiheit werden wir gebrauchen lernen, um in mütlicher sozialistischer Aufbauarbeit den Völkern voranzugehen und uns eine neue moralische Position zu schaffen. Die deutsche Arbeiterschaft ist durch diesen Frieden nunmehr das Ausbeutungsobjekt des Entente-kapitalismus geworden; der Kampf gegen diesen Frieden ist deshalb ein notwendiges Stück des proletarischen Klassenkampfes der deutschen Arbeiterschaft. Dem Recht der Unterdrückten, die triumphierend nun ihren unterschriebenen Vertrag schwingen, setzen wir das Recht der Unterdrückten, das ewige, unveräußerliche Menschenrecht, das Recht der Revolution entgegen. Der Sieg der zweiten Revolution, der Revolution gegen den feigen Entente-kapitalismus ist durch die Unterzeichnung des sogenannten Friedens hinausgeschoben worden. Aufgehalten kann unser Sieg aber nicht werden, am wenigsten durch jenes Aktenbündel, das man den Frieden von Versailles nennt.

Gefälschte Hoffnungen.

Paris, 28. Juni. „Humanität“ schreibt: Als Wilson nach Frankreich kam, glaubte das Volk, daß er seine großen Gedanken, seinen Willen und seinen 14 Punkten trutzig bleiben werde. Das Volk hoffte, daß er der imperialistischen Welt, zehelichkeit das Veto der Gerechtigkeit gegenüberstellen werde. Die Enttäuschung ist vollständig. Nach einigen Wochen voll Anstrengungen und Kämpfen ließ Wilson ohnmächtig den Imperialismus gewähren. Von dem edlen Programm Wilsons, das er der Welt vorgelegt hatte, wurde nichts verwirklicht. Das Völkerrecht, welches er so laut proklamiert hatte, ist ebenso verschwunden wie im Jahre 1815 oder nach dem 30jährigen Kriege. Die Gesellschaft der Nationen, wie sie aus den Beratungen der Friedenskonferenz hervorgeht, ist ein Spott. Die internationale Sicherheit, welche er für endgültig begründet zu haben behauptet, besteht weniger als je und Clemenceau triumphiert zu Recht, wenn er sagt, daß morgen noch mehr als gestern die Gefahr des Krieges die Menschheit bedrohen werde. Oft erinnern wir an die tieferen Gründe, welche das Verlangen des Wilsonismus erklärten, aber im Augenblick, wo Wilson Frankreich verlassen wird, sind wir verpflichtet, zu sagen, daß er trotz allem unserer Sache gedient hat. In dieser Epoche, wo es genügt, sich auf die Gerechtigkeit zu berufen, um des Landesverrats beschuldigt zu werden, wurden wir von Wilson, dessen Aktion sich eine Zeitlang in derselben Richtung geltend machte wie die unsrige, stark unterstützt. Auch morgen, wenn wir vor dem Lande den unmenschenlichen internationalen Vertrag, welcher heute unterzeichnet werden soll, verurteilen werden, werden wir große Kraft aus den Wilsonschen Behauptungen schöpfen und es wird uns leicht fallen, seinen vergeblichen Anstrengungen und seinen Grundgedanken gegen den Imperialismus zum Triumph zu verhelfen. Wir glauben nicht, daß die gegen Wilson erhobenen Anschuldigungen, es fehle ihm der gute Wille, Gerechtigkeitssinn, gerecht sind. Wir glauben, daß Wilson, welcher ein Mann des Studiums und der Philosophie ist, aufrichtig davon träumte, aus diesem Kriege eine internationale Ordnung und Gerechtigkeit hervorgehen zu lassen. Seine Niederlage, welche auch diejenige des ganzen, zuweilen aufrichtigen, aber immer ohnmächtigen bürgerlichen Realismus ist, zeigt allen Völkern und Menschen, daß nur der Sozialismus Ordnung und Brüderlichkeit aufzurichten vermag.

Neue Schichten.

Paris, 28. Juni. Die „Journal“ berichtet, scheint der Vierzerrat zu befürchten, daß Deutschland die Ratifikation des Friedensvertrages zu verschieben suchen werde. „Journal“ deutet an, daß der Vierzerrat eine Abmachung gleichzeitig mit dem Friedensvertrag unterzeichnen lassen müßte, wonach die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen erst nach der Ratifikation des Friedensvertrages beginnen sollte. Der Vierzerrat hofft dadurch Deutschland zur Ratifikation der Ratifizierung zu veranlassen. Wie die Wälder ferner berichten, bezieht sich die Abmachung über Polen, welche heute nachmittags gleichzeitig mit dem Vertrag unterzeichnet werden soll, namentlich auf den Schutz der ethnischen und religiösen Minderheiten durch die Gesellschaft der Nationen. Diese Abmachung, welche zwei Kapitel auf 12 Seiten umfaßt,

werde von den Polen und von den fünf alliierten Großmächten unterzeichnet werden. „Revue Parisien“ meldet, daß der Friedensvertrag voraussichtlich nächsten Montag von Clemenceau in der Kammer niedergelegt werde. Clemenceau werde bei diesem Anlaß eine kurze Erklärung abgeben.

London, 27. Juni. Reuters erfährt: Der Friedensvertrag wird vor Ablauf eines bestimmten Zeitraumes, wahrscheinlich drei bis vier Wochen, nicht in Wirksamkeit treten. Der Ausschub ist durch die Bestimmung verursacht, daß der Vertrag von den Parlamenten der einzelnen beteiligten Länder ratifiziert werden muß. Die gegenwärtigen Kriegsmassnahmen, einschließlich der Blockade, werden daher in der Zwischenzeit zwischen der Unterzeichnung und der Ratifikation in Kraft bleiben.

Unsere Gefangenen.

Verailles, 28. Juni. Gesandter v. Ganiel richtete heute folgende Note an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz Clemenceau: „Herr Präsident! Im Auftrage des Reichsministers des Auswärtigen beehre ich mich, Ew. Erz. folgendes mitzuteilen: Unter Hinweis auf den Schlußabsatz des Schreibens Ew. Erz. vom 20. ds. Mts. wegen Heimbefreiung der Kriegsgefangenen und auf Teil VI der Antwort der alliierten und assoziierten Mächte auf die Bemerkung der deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen bittet die deutsche Regierung um eine tunlichst baldige Erklärung, wann, wo und in welcher Zusammenfassung der Zusammentritt der in Artikel 218 Abs. 1 des Friedensvertrages vorgesehenen Kommission in Aussicht genommen ist. Genehmigen Sie, Herr Präsident, usw. Ganiel.“

Erneuter Uebergriff der Franzosen.

Karlsruhe, 28. Juni. Die völkerrechtswidrigen Uebergriffe der Franzosen im Brückenkopf Rehl scheinen sich fortzusetzen. Bekanntlich haben die Franzosen drei richterliche Beamte in Rehl verhaften lassen, die die Verhaftung des Hochverräters Homca in Regelsdorf betrieben. Es sollen nämlich neuerdings zwei Genarmen in Rehl ebenfalls von den Franzosen festgenommen worden sein. Offenbar besteht die Absicht, den Treibern der hochverräterischen Kreise im Rehl Brückenkopf dadurch freie Bahn zu schaffen, daß das vom ganzen deutschen Volke geforderte Vorgehen gegen die Hochverräter durch Inhaftierung der damit befaßten Justizorgane lahmgelegt wird. Die Enttäuschung über das völkerrechtswidrige Verhalten der Franzosen ist allgemein. Die badische Bevölkerung insbesondere unterstützt lebhaft die Bitte der badischen Regierung an die Reichsstellen, gegen die Uebergriffe energisch zu protestieren und die Sanktionierung der Beamten herbeizuführen.

Die Erdöffnung der Türkei.

Paris, 28. Juni. Hovas, Clemenceau antwortete auf die Denkschrift der türkischen Delegation, daß der Rat der alliierten und assoziierten Mächte weder der Wiederherstellung des Gebietes der Türkei in dem Zustand vor dem Kriege, noch den Argumenten zustimmen könne, auf die die Denkschrift sich berufe. Der Rat sei dem türkischen Volke wohlgesinnt, dessen ausgezeichnete Eigenschaften er bewundere, aber er könne zu diesen Eigenschaften nicht die Fähigkeit zählen, fremde Völker zu regieren, denn bei allen Weisheiten, die sich vollzogen haben, finde sich weder in Europa noch in Asien, noch in Afrika ein einziger Fall, wo die Richtung der türkischen Herrschaft über ein Land nicht begleitet gewesen wäre vom Untergang seiner Blüte. Überall, wo die Türkei eingegriffen habe, habe sie die Bevölkerung mitgebrannt. Auch religiöse Gründe könnten nicht maßgebend sein, das türkische Reich intakt zu lassen.

Internationaler Gewerkschaftskongress.

Amsterdam, 28. Juni. (Wolff.) „Der Volk“ meldet, daß die Teilnahme an dem am 28. Juli in Amsterdam stattfindenden internationalen Gewerkschaftskongress sehr groß sein wird. Eine große Zahl von Gewerkschaftszentralen, darunter die hauptsächlichsten der alliierten Länder, habe die Teilnahme ihrer Delegierten zugesagt. Folgende Länder haben bereits Delegierte ernannt: Belgien 3, Dänemark 5, Deutschland 10, Luxemburg 4, Norwegen 3, Schweden 5 und die Schweiz 3. Der niederländische Gewerkschaftsbund und das niederländische Arbeitersekretariat werden je 10 Delegierte anweisen.

Von Bedeutung ist, daß der englische Gewerkschaftskongress, der bisher außerhalb der Internationale gestanden hat, gemeinsam mit dem englischen allgemeinen Gewerkschaftsbund, der schon an die Internationale angeschlossen ist, an der Amsterdamer Konferenz beteiligt sein wird. Man erwartet, daß die Gewerkschaftsorganisationen so gut wie aller europäischen Länder an dem internationalen Kongress teilnehmen werden. Man hofft auch, daß die amerikanischen Arbeiter vertreten sein werden.

Lebensmittelunruhen in Magdeburg.

Magdeburg, 28. Juni. Heute vormittag sind hier erste Lebensmittelunruhen entstanden. Eingeleitet wurden sie durch Minderungen auf dem Wochenmarkt. Die Menge verbrauchte kann, die Lebensmittelgeschäfte in den Straßen zu plündern, wurde aber daran durch das Eingreifen der Polizei und der sofort alarmierten Truppen verhindert. Es kam zu Schieberereien, wobei es zwei Tote und einen Verletzten gab. Die Lage ist noch nicht geklärt, da noch weitere Zusammenstöße befürchtet werden.

Der Umsturz in Hamburg.

Hamburg, 28. Juni. Unter den Anhängern der Materepublik herrscht sehr gedrückte Stimmung. Der Anführer-Ausschub scheint keine Tätigkeit eingestellt zu haben. Die Volkswehr, die stark mit Kommunisten und Spartakisten durchsetzt ist,

verhält sich passiv. Sie würde, falls neue Minderungen erfolgen sollten, ohnmächtig sein. Das Fehlen jeder Regierung und Autorität und jedes zuverlässigen Sicherheitsdienstes macht die Lage unhaltbar.

Hamburg, 29. Juni. Ein Ausschub der Hamburger Arbeiterkraft wurde heute von General von Lettow-Vorbeck, dem militärischen Oberbefehlshaber der Reichsbrigade gegen Hamburg, empfangen. Der Ausschub sprach den Wunsch aus, daß jetzt, nachdem Ruhe und Ordnung herrsche und die Hamburger Volkswehr die Entwaffnung durchführe, der Einmarsch der Truppen unterbleibe. General v. Lettow Vorbeck antwortete darauf, daß der Einmarsch auf Befehl der Reichsregierung erfolge und notwendig sei, ersiens zur planmäßigen Durchführung der Entwaffnung zweitens zur vollständigen Neuorganisation der Sicherheitswehr und drittens zum Schutz der Lebensmittelbeschaffung nach der Tschekoslowakei.

Streik und Aufruhr.

Berlin, 29. Juni. Nachdem die Gefahr eines allgemeinen Arbeiterausstandes durch die verproviantete Senkung der Lebensmittelpreise gehoben schien, droht Berlin schon von neuem ein Verkehrsstreik. Die Straßenbahnen beschließen in der Nacht zum Montag die Arbeit niederzulegen. Mit ihnen wollen die übrigen Verkehrsunternehmen sowie die N. G. B. in den Ausstand treten.

Berlin, 29. Juni. Die Aufrührerbewegung droht, nach der Post, Pp., auch auf das rheinisch-westfälische Industriegebiet überzugreifen. In Düsseldorf ereigneten sich Angriffe auf Soldaten, die entwaffnet und schwer mißhandelt wurden. Daraufhin wurde der Belagerungszustand verhängt.

Die Verbilligung der ausländischen Lebensmittel.

Berlin, 28. Juni. Das Reichsministerium hat in seiner heutigen Sitzung die Regelung der Verbilligung der Lebensmittelpreise für ausländische Zufuhren endgültig festgelegt. Zu dem Verkaufspreis, welchen die Reichsstellen künftig in Rechnung stellen wollen, sind die Verteilungskosten der Kommunalverbände hinzuzurechnen. Die Kleinverkaufspreise werden sich hiernach für das Pfund je nach den Kosten des einzelnen Kommunalverbandes etwa wie folgt stellen: Amerikanisches Rindfleisch, von dem aus fernern 250 Gramm die Woche verteilt werden soll, 80 bis 85 S., statt bisher 2,20 bis 2,50 M.; Reis, der abwechselnd mit Hülsenfrüchten mit 1/2 Pfund pro Kopf und Woche zur Verteilung gelangen soll, etwa 2,00 bis 2,20 M. statt bisher über 3,00 M.; Hülsenfrüchte etwa 1,10 bis 1,30 M., statt 2,20 M.; ausländisches Fleisch soweit dies infolge Mangels an inländischem Fleisch auf Nationen verteilt werden muß, 4,50 bis 5,00 M., während bekanntlich zuletzt in Berlin 11 M. für das Pfund bezahlt werden mußte; amerikanischer Speck 125 Gramm pro Kopf und Woche 4,00 bis 4,50 M., statt bisher 7 bis 8 M.; ausländisches Speckfleisch 50 Gramm pro Kopf und Woche 5,00 bis 5,50 M., statt bisher 6 bis 7 M. Ausländische Kartoffeln sollen soweit verbilligt werden, daß die Preise für die Inlandskartoffeln nicht überschritten zu werden brauchen. — Nach überschläglicher Berechnung wird der Gesamtwert der Verbilligung über 1 1/2 Milliarden Mark betragen. Er soll zu gleichen Teilen auf Reich, Freistaaten und Kommunalverbände übernommen werden. Daß die Freistaaten und Kommunalverbände bei diesem großen Opfer des Reichs sich in dieser Weise beteiligen werden, kann vorausgesetzt werden, nachdem der preussische Finanzminister sich bereits mit dieser Regelung einverstanden erklärt hat. Die Maßnahme soll in aller Schnelligkeit durchgeführt, auch soll dafür Sorge getragen werden, daß die Zuschläge der Kommunalverbände keinesfalls über die wirklich entstehenden Unkosten hinausgehen.

Die Eisenbahnerbewegung.

Breslau, 28. Juni. Der Reichs- und Staatskommissar für Schienen und Westpolen empfing am Sonntag nachmittag die Eisenbahnervertreter der Breslauer Eisenbahn, die den Wunsch geäußert hatte, persönlich mit ihm zu verhandeln. Das Ergebnis der einstündigen Aussprache war die Herstellung vollkommener Uebereinstimmung in allen wichtigen Punkten. Das Personal nimmt am Sonntag vormittag den Dienst wieder auf. Die Werkstättenarbeiter werden sich am Sonntag vormittag versammeln, um die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag zu beschließen.

Berlin, 29. Juni. Eine Versammlung der Eisenbahnbeamten und Arbeiter im Circus Busch sprach sich überwiegend für die Wiederaufnahme der Arbeit aus. Als sich ein größerer Teil zum Empfang zum Eisenbahnminister Oeser begeben hatte, trat der Unabhängige Paul Hoffmann auf und plaidierte für die Fortsetzung des Streikes. Beim Minister wurde zwischen den Beamten und ihm volles Einvernehmen erzielt. Der neugewählte Präsident des Beamtenvereins erklärte nachdrücklich, daß die Beamten auf dem Lande sich von den Berliner Kollegen und Arbeitern trennen würden, falls diese im Streik verharren würden. Berlin sei nicht das Reich. Auf die Zusage des Ministers, beim Reichswehrminister für die Aufhebung des Streikerlasses sich zu verwenden, erklärten die Arbeiter- und Beamtenvertreter übereinstimmend, daß dann am Montag allgemein die Arbeit wieder aufgenommen werden würde. Bei einem zweiten Empfang in den Abendstunden erklärten die Arbeiter und vereingelte Beamtenvertreter, daß infolge des Austritts des Unabhängigen Paul Hoffmann neue Erregung in die Arbeiterschaft getragen worden sei. Der Streikerlass des Reichswehrministers ist am Sonntagabend wieder aufgehoben worden. Die Aufhebung wurde sofort allen Berliner Eisenbahndienststellen bekannt gegeben.

Die innere Entscheidung.

Karlsruhe, 30. Juni.

Nachdem durch die Unterzeichnung des Friedensvertrags in der auswärtigen Politik eine wenn auch vielleicht nur kurze Ruhepause eingetreten ist, wendet sich das Interesse wieder mit einer gewissen Ausschließlichkeit der inneren Politik zu. Auch wenn die unabhängige „Freiheit“ nicht täglich zweimal vor den Lesern warnte, würden wir wissen, daß ein Teil des linken Flügels der Unabhängigen und Kommunisten zum Loslösen drängt. Er glaubt, daß der gegenwärtige Augenblick dazu der richtige oder vielleicht auch der letzte mögliche sei. Die Arbeiterklasse spürt noch keine Spur der Erleichterungen, die sie sich vom Frieden verspricht, die Stimmung eines Teils von ihr gereizt. Auf der andern Seite ist die Reichswehr oben durch die Empörung über die Unterzeichnung des Friedens, unten durch die Furcht vor der Entlassung, die nach dem Friedensvertrag notwendig werden, in ihrem innersten Gefüge bedroht. Die Spartakisten haben in der letzten Zeit eine sehr intensive Agitation unter freiwilligen Truppen getrieben. Die Unterhaltungen Emil Barths und Breidickels mit dem General von Oden und dem Hauptmann Rabst sind bekannt. Die Mannschaften wurden mit Flugblättern überhäuft, in denen man teils durch Uebersetzung, teils durch Drohung sie für den Uebergang zu den Kommunisten zu gewinnen verhielt.

Nach dem Urteil der „Freiheit“ und der ihr nahestehenden Unabhängigen hat nun ein Erhebungsversuch in der gegenwärtigen Zeit keine Aussicht auf Erfolg. Die „Freiheit“ mahnt, immer unter dem Vorwand nur von Loslösen zu sprechen, ihre Anhänger dabei, das Volk und die Geschlossenheit der Regierungstruppen zu unterschätzen. Sie verweist darauf, daß die Macht der Arbeiterklasse nicht im Munitionslager liegt, sondern im Produktionsprozeß. Damit wird den Rufführern gesagt, daß sie sich auf gewalttätige Erhebungen nicht einzulassen, sondern lieber den völkischen Streit als Waffe benutzen sollen. Ob die Rufführer auf diesen Rat eingehen wollen, steht dahin, jedenfalls verbietet aber für diesen Fall die Tatsache vermehrt zu werden, daß das Streikfieber in der Arbeiterklasse schon bedeutend nachgelassen hat. Die Arbeiter sind es müde, auf eine von oben erteilte Parole hin auf den Lohn eines oder mehrerer Tage verzichten zu müssen. Diese Stimmung hat in zahlreichen Berliner Betriebsversammlungen, die von der Sozialdemokratie einberufen wurden, einen sehr drastischen Ausdruck gefunden.

Somit könnte man meinen: Wenn die Zahl der Streikführer in räumlichen Grenzen begriffen ist, so könnte die Zahl der Rufführer eben auch nicht größer geworden sein. Für Gruppen von der Art der Spartakisten war aber nie die Zahl, sondern nur die Entschlossenheit ihrer Anhänger maßgebend. Ihr Ziel ist es, sich als tollkühn-gewalttätige Minorität in den Besitz der Macht zu setzen. Ob ihnen das gelingt oder nicht, hängt ausschließlich von der Anverleiblichkeit der Rosta-Truppen ab. Ganz wohl ist übrigens auch den Kommunisten bei der Sache nicht, nur zu häufig findet man in ihrer Literatur Hinweise auf die Schädlichkeit tollkühner Erhebungen und die Meinung, daß nichts Entscheidendes unternommen werden dürfe, solange es den Kommunisten nicht gelungen sei, die überwiegende Mehrheit des Proletariats hinter ihren Fahnen zu jammeln.

Die nächsten Tage und Wochen müssen zeigen, ob auf der äußersten Linken die relativ gemäßigten Leute oder die Tollkühne die Oberhand gewinnen werden. Im zweiten Fall müßte man sich auf die schlimmsten Dinge gefaßt machen, denn dann würde im deutschen Bürgerkrieg eine Nullschlacht geschlagen werden, die an Größe der Ausdehnung und Zahl ihrer Opfer alle ihre Vorgängerinnen in den Schrecken stellen würde. Eine ernstlich begründete Aussicht, auf solchem Wege zur Macht zu gelangen besitzen auch die Spartakisten nicht.

Die Aufgabe der ruhiger denkenden, politisch geschulten Arbeiter ist jetzt, die Tollkühne zu dämpfen und dafür zu wirken, daß ein neuer Bürgerkrieg unter allen Umständen vermieden wird. Das kann man allerdings nicht mit Redensarten, wie sie die „Freiheit“ befeht, die alle vorhandene Unruhe auf Loslösen zurückzuführen will. Hingegen, daß die Reaktion gar nichts Klügeres tun kann, als die Urheber von Unruhen zu bezähnen, so heißt es doch den nach einer Ent-

scheidung trennenden Wirkkopfen Unrecht antun, wenn man sie samt und sonders als Loslöser abzumachen verliert. Mühsamer und ehrlicher ist es, offen zu sagen: Die Rufführer vom Dezember, Januar, März sind wieder an der Arbeit. Güte Euch vor ihnen! Wir haben nicht so ungeschulte Opfer zur Wiederherstellung des früheren Friedens gebraucht, um uns dahinter desto ungezügelter gegenseitig die Gasse abzuschneiden zu können!

Kriegsheer Otto Ernst.

Wo eine nationalistiche Propaganda einsetzt, darf natürlich Herr Otto Ernst nicht fehlen. Und er hält es für seinen Beruf, immer noch um ein Erledigtes lauter zu schreien als die anderen. Im „Hamburged Korrespondenz“ läßt er folgende Kompetenzfrage vernehmen:

Wir wollen den Geist der Bülow, Schill und Theodor Körner wieder erwecken und was ein Gambetta konnte, das vermag vielleicht auch ein Deutscher in unvergleichlich schlimmerer Not. Wir wollen sehen, ob unsere Feinde wieder Krieg haben wollen. Es mag ein ausfallsloser Krieg sein, gewiß, aber wir wollen dann unser Leben aufs allerbeste verkaufen, und der Kaiserverein der Entente soll es mit Strömen Blutes bezahlen. Sie haben den Deutschen kämpfen sehen im Zustand der Verzweiflung und haben ihn nicht überwinden können, als bis er sich selbst verriet; wir wollen sehen, ob sie begierig sind, ihn im Zustand der Verzweiflung kennen zu lernen. Wir werden kämpfen in dem Bewußtsein, das Heiligste zu tun, was je ein Mensch vollbringen kann — wir wollen sehen, ob die Verfechter von Paris ihre Wälder mit Begeisterung für das Diebstahlgewerbe erfüllen können.

Allo keine Verhandlungen, nur ein „Nein!“ nichts als „Nein!“

Diese Robomontaden eines unverantwortlichen Heimkriegers können gar nicht scharf genug gebrauchmarkt werden. Mit wüsten Schimpereien sucht so etwas alle gesunde Ueberlegung auszuweichen und findet nichts dabei, das Volk, das noch aus tausend Wunden blutet, in einen neuen Krieg zu ziehen. Herr Otto Ernst verjährt sich ja freilich so weit wie möglich, der Krieg bisher ganz gut bekommen. Da läßt sich seine Begeisterung für einen neuen allenfalls erklären.

Die Hochschulreform vor dem bad. Landtag.

Schlussbericht der Sitzung vom Freitag vormittag.

Zur Tagesordnung steht folgende Interpellation: Eine Reform der Universitätsverwaltung ist in Vorbereitung. Bei der Bedeutung der Universität als der Bildungsstätte für künftige höhere Beamte, Reichsbeamte, Lehrer, Ärzte bedarf eine solche Reform eingehender Prüfung. Nicht nur die Verwaltung der Universität durch die Dozenten, auch die Gebühren für Unterricht und Examina und ihre Verwendung, die Ermöglichung des Studiums für Anhemittelte, ferner der Lehrplan, die Arbeitsbeschaffung für die ausgebildeten Akademiker, die Berufsberatung auf den Mittelschulen und vieles andere muß den heutigen sozialen Bedingungen entsprechend rechtzeitig umgeändert werden. Eine partiitische Belegung der Lehrstühle in denjenigen Fächern, die je nach der Weltanschauung verschieden gelehrt werden, ist erforderlich, namentlich da die Angliederung der Volkshochschule an die Universität in Aussicht genommen wird. Geben die Regierung der Volksvertretung die Mitwirkung an der Reform zu ermöglichen?

Hg. Koenigsberger (Soz.):

Einer der größten vorhandenen Mängel sind die Gegenstände zwischen Universität und Mittelberufsmitteln. Mittelberufsmitteln können heute fast nur Theologie studieren. Ärmere Leute sind heute nicht in der Lage, Naturwissenschaften oder ein anderes Fach zu studieren. Dies ist ein Verlust für die Wissenschaft. Heute sind die Dinge noch etwas besser, da viele Studierende Offiziere waren und sich dabei etwas Geld zurücklegen konnten, wovon sie jetzt noch ein paar Jahre studieren können, später wird es jedoch noch viel schlimmer. Deshalb fordert meine Partei eine Eichtung der Studierenden nicht nach dem Geldbeutel, sondern nach den Fähigkeiten. Ferner verlangen wir Berücksichtigung des Selbststudiums bei der Zulassung zum Universitätsstudium, sowie für die ärmeren Studierenden unentgeltliche Mittagstische. Heute müssen Anhemittelte ein Fleißzeugnis ausbringen, andere nicht. Warum das? Auch den Anhemittelten muß die Kaufkraft als Stütze ermöglicht werden. Hier muß die Regierung Stipendien schaffen. Es ist eine

partitische Belegung der Lehrstühle notwendig. Wir wünschen, daß auch die sozialdemokratischen Aufstellungen bei der Belegung der Lehrstühle auf dem Gebiet der Nationalökonomie, des Arbeiterrechts, der Geschichte, der Philosophie mitberücksichtigt werden. Auch auf andern Wissenschaftsgebieten machte sich eine gewisse einseitige Belegung von Lehrstühlen nach politischen Gesichtspunkten bemerkbar. Auch Naturwissenschaftler mußten unter ihren politischen Ueberzeugungen

leiden, selbst wenn sie bedeutende Leistungen aufwiesen. Wenn Arbeiter Terror verüben, so wird er beurteilt, in den Universitäten ist er jedoch vielen selbstverständlich.

Ein großes Kapitel ist die Frage der Ehrendoktoren. Man machte Generale zu Ehrendoktoren; an sozialistische Wissenschaftler wie Kautsky, Bernstein usw. dachte jedoch niemand. Die Stellung der außerordentlichen ordentlichen Professoren wurde gebessert, jedoch bleibt noch viel übrig. Wir fordern, daß die außerordentlichen Professoren in allen Körperschaften Sitz und Stimme haben. Weiter fordern wir, daß die Universitätsangestellten (Diener), soweit ihre Angelegenheiten zur Sprache kommen, eine entsprechende Vertretung bei den Körperschaften erhalten. Auch hier muß das Koalitionsrecht gewahrt bleiben. Weiter verlangen wir für die

Studierenden eine Mitbestimmung bei der Hochschulverwaltung. Es muß geschaffen werden, daß die immatrikulierten Studierenden einen Rat, auch nichtwissenschaftlicher Art, ausüben, wie es in Amerika schon lange der Fall ist und wogu uns auch unsere jetzige Wirtschaftslage zwingt. Weiter verlangen wir, daß der Zustand aufgehört, daß Studierende ein- oder zwei Semester überhaupt nicht studieren, hier müßten Prüfungen zur Feststellung des Wissens entfallen. Hingewiesen ist auch auf die Ungleichheiten der Einnahmen der Universitätslehrer. Es gibt Professoren mit riesigen Einnahmen gegenüber andern Beamten und es sind dies gerade diejenigen Herren, die sich am meisten entrüsten, wenn Arbeiter höhere Löhne verlangen, während sie selbst höhere Kollegiengehälter verlangen. Ein Klinikdirektor hat etwa 100 000 M. Einnahmen, während sich außerordentliche Professoren und Dozenten oft zeitweilig ohne Gehalt durchschlagen müssen. Man sollte den Dozenten und Assistenten ein Gehalt geben, wie es auch die Arbeiter haben. Das heutige System ist eine Folge der kapitalistischen Wirtschaft. Wir verlangen

Herabsetzung der Kollegiengehälter, der Studenten und zwar sollten die Kollegiengehälter wie folgt verteilt werden: $\frac{1}{2}$ dem Staat, $\frac{1}{4}$ dem beratenden Dozenten, $\frac{1}{4}$ zur Verteilung an alle Dozenten. Weiter verlangen wir eine Degradation des Professorenwesens, um neue Eigenschaften zu ermöglichen. Dann verlangen wir Verbilligung der Promotion und Abschaffung des Zwanges zum Druck der Dissertation, die heute sehr teuer ist, und ausgedehnte Veröffentlichung der Arbeit in einer wissenschaftlichen Zeitschrift. Eine Zeitforderung ist die Veranziehung der Universitäten zu den Volkshochschulen, wobei jedoch die Hörer mitbestimmend sein müßten. Hier müßten vor allem die beschiedenen Ansichten zu Wort kommen. Da wir nicht viel sozialdemokratische Professoren haben, müssen auch andere Kreise als Lehrer zu den Volkshochschulen beigezogen werden. Weiter verlangen wir, daß den Volkshochschul Lehrern die Möglichkeit zum akademischen Studium gegeben werde. Weiter fordern wir eine bessere Zusammenarbeit von Dozenten und Studierenden, was für die Berufsberatung sehr dienlich wäre. Auch eine Arbeitsvermittlung wäre sehr dienlich. Weiter verlangen wir

Erleichterung des Staatsexamens für die Studierenden, die jetzt vier Jahre lang im Felde waren. Wir hoffen, daß die Regierung rechtzeitig Reformen machen wird (Weißfall bei den Sozialdemokraten).

Schluss der Vormittagsitzung: 1 Uhr.

Nachmittagsitzung.

Vizepräsident Muser eröffnet die Sitzung um 3,20 Uhr. Unterrichtsminister Hummel:

Ich bin der Volksvertretung dankbar, wenn sie an der Reform der Hochschulen mitarbeitet. Das deutsche Universitätswesen ist eine Glanzleistung deutschen Geistes, was auch das Ausland zugibt. Der Wunsch, daß auch Anhemittelte die Universitäten besuchen können, ist ein allgemeiner und wir begrüßen alle diesbezüglichen Maßnahmen. Wir sind daran, die Bestimmungen über die Kollegienfreiheit mit der Verfassung in Einklang zu bringen. Den Tüchtigen und Begabten soll mehr als bisher das Hochschulstudium ermöglicht werden. Was mit Stipendien gegeben kann, soll gegeben. Auch die Disziplinarrichtlinien für die Studenten werden der Zeit angepaßt. Die Studenten werden auf vielen Gebieten nimmehr zur Mitarbeit herangezogen. Das Eingreifen des Staates bei der Berufsberatung hat auch Nachteile, da sich die Entwicklung nicht immer voraussehen läßt. Ich setze auf dem Standpunkt, daß in der Folge eine gleichmäßige Behandlung von männlichen und weiblichen Studierenden bei der Zulassung zur Immatrikulation erfolgt. Ebenso trete ich ein für die Zulassung zum Studium von solchen Studierenden, die sich ihr Wissen außerhalb der Schulen erworben. Wenn hier auch Schwierigkeiten bestehen. Ebenso glaube ich, daß sich andere Wege als der bisherige Druck der Dissertationen bei Promotionen finden lassen. Die Karlsruher Technische Hochschule hat mit die niedrigsten Sätze der Kollegiengehälter in Deutschland. Die Aussichten über die Einkommen der Professoren sind weit übertrieben. Aus Gehältern und Kollegiengehältern besteht kein Professor 100 000 M. Anders

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

7 Nachdruck verboten.

„Du irrst dich, Kind, er ist ebenjo wie der unre. Er könnte sogar besser sein, denn Deutscha hat längst nicht den sonstigen Weizenboden wie Chwaszkorezyc. Aber Garzynski will eben nichts mehr hineinstecken. Ich denke, er wird verfangen.“

„Was — Garzynski verkauft? An wen denn? An die Kommunisten?“ Helene blinnte ganz entsetzt. „Ein solches Gut! Ueber vierhundert Jahre in der Familie — wenigstens sagt er sol Muß er verkaufen? Schrecklich! Soz. Hanns-Martin, geht's ihm denn so schlecht?“

„Ach, bewahre!“ Dolechal lachte. „Das verstehst du nicht, Kind! Warum soll es ihm denn schlecht gehen? — das nicht! Aber vielleicht auch, daß er dabei an die Erziehung seines Sohnes denkt — er hat nur den einzigen Jungen —, und seine Frau kann sich absolut nicht entschließen, sich von ihm zu trennen, wie er erzählt. Und auf die Dauer geht das doch nicht: nur der Unterricht beim Vikar. Ich bitte dich, so ein laßhaftiger Geizhals — nur Seminarbildung —, was kann der Junge da lernen? Aber vor allem, wenn es einem so bequem geboten wird wie jetzt! Er kann sich glänzend rangieren. Er geniert sich nur noch ein bißchen. Die Großvater und die Volkspartei werden es ihm ordentlich anstreichen, wenn er an die Anstaltung verkauft. Das halfert ihm auch sein Kurzer Bozanski nicht ab!“

„Ich mag ihn nicht,“ sagte die junge Frau heftig, „ich mag ihn ganz und gar nicht. Wie kann er ohne zwingende Not verkaufen? Würdest du je Deutscha verkaufen, Hanns-Martin?“

„Da sei Gott vor — nie!“ Sein Gesicht wurde sehr ernst. „Ich würde mich ja verzeihen am Linderken meiner Vorfahren. Der Großvater und dann mein Vater haben Deutscha gehalten, mit vielen Opfern. Nun halte ich!“

Sie lachte fröhlich. „Grade so denk ich. Und die Jungen sollen auch so denken. Weiß du, und dann werden wir im Erbengeld, das der alte Großvater so schön im Park an-

gelegt hat, alle miteinander schlafen. Es muß einem doch im Grabe noch ein angenehmes Gefühl sein: du liegst im eigenen Grund und Boden!“

Er nickte. „Natürlich! Aber sprich nicht so etwas, Helene, wir sind noch zu jung dazu. Und wir haben ja noch so viel vor uns! So vieles zu schaffen, so sehr! Wenn die Zeit nur reicht. Uebrigens, wenn Garzynski verkauft, soll mir's recht sein. Dann bekommen wir noch mehr Anseher ber — hoffentlich rein Deutsche und recht viele! Kleine Leute, die machen das Volk aus.“ Sieht du? — er hob die Weiche und wies gerade aus, wo einzelne kleine Häuschen, wie angefüllt auf der weiten Fläche, sich zusammendruckten — „da haben wir Ansehung Argenteide!“

„Ach, und da ist der Kirchturn von Pociado-Dorf! Sie haben ihn gerade im Rücken. Wie guck er starr!“

„Ruh ihn! Sieht du? — er hielt das Pferd an — „da, selbst der Grenzstein ist jetzt klarer-weiß! Solla, wer trauert denn daraus herant! Ist das nicht der Chwaszkorezyc Schäfer?“

Auf dem Grenzstein, der auf schwarzgebeiztem Grund in weißem leuchtenden weissen Buchstaben „Ansehung Argenteide“ wies, stand Dufel, der Schäfer.

Säuber stürzte er sich, um oben auf dem schmalen, hartgefalten Stein die Balance zu halten, auf seinen langen Hirtenstab, der mit der eifengekrümmten Spitze wohl gewichtig genug war, einen Woll niedergeschoben. Der blaue Strumpf, an dem er sonst unermüdlich strickte, lag ostlos am Boden. Die vielen hundert Schafe, des Schäfers Obhut anvertraut, hatten sich von Chwaszkorezyc Stagenstoppel längst sinüberverloren auf Nachbarland. Auch der Hiltzengel war dongelockert und träumte im Grenzgraben unterm Dornenbusch einen köhnen Traum.

Dufel, der Alte, hatte des alles nicht acht. Er stand ganz verunken, ragend wie ein dürre, blattloser Baum unterm gläsernen Himmel und starrte dem Grenzstein hinab auf die kleinen Häuschen, angefüllt in der großen Weite anrumgegar. Er seufzte: was wollten die hier? Früher, als sein, Ruda Dufels Vater noch jung gewesen, da war hier nichts gewesen als der Himmel und die Länder des polnischen

Herrn, nichts als die Güten seiner Komornik. Da konnte, der Schlachter reiten von Sonnenanfang gen Sonnenuntergang — alles war sein. Und als er, Ruda Dufel, noch jung gewesen, da hatten alle gesprochen in der Sprache, die Gott der Herr spricht, darinnen die heilige Mutter zum Sohne spricht.

Die da — „psia grow!“ Energisch hob der Stirt das mit Klappen und Schmären unawidelte Bein und stampfte mit dem Fuß auf den Grenzstein. Sein Mund, dessen Lippen durchs Alter so fämal geworden, daß sie ganz in der verdampften Sinn- und Badenhaut verstanden, murmelten den Fluch: „Möge sie der feurige Blitz zerhimmeln!“ Konnten sie nicht bleiben, wo sie geboren — was mühten sie hierher kommen?! Trugen sie keine Schen, so dich zu haben dem Reiz des weihen Adlers?

Drohend hob Dufel den schweren Stod, die reballe Faust Hiltzelle er gegen die kleine Kolonie. Da waren ihrer wieder neue hinzugekommen, — weiße Eindringlinge mit gelben Haaren — sie banten ein Haus!

Noch schimmerten die unbedeckten Dachsparren wie die Rippen eines Skeletts, aber geschäftig eilten die Männer beim Bau; man sah ihre Gestalten sich richten und bilden, sich drehen und wenden in emsiger Bewegung, wie unruhige Szwerge auf dem Teller der großen Ebene.

„Sie bauen, sie bauen,“ rief Helene erfreut und klackte in die Hände.

Da drehte sich der Alte um. Er hatte den Wagen nicht herankommen hören, sein Ohr war nicht mehr scharf, aber sein Auge noch. Ohne Ueberlegung, lächerlich, stieg er nieder vom Grenzstein und zog, das Knie beugend, den Hut.

Freundlich grüßte ihn Helene, war doch keine Frau die Schwester von ihres Mannes einseitiger Amme, der alten Relafia.

„Tag, Dufel, wie geht's? Kommt ihr nicht auf einen Sonntag die Relafia besuchen? Sie beklagt sich, daß niemand nach ihr sieht!“

(Fortsetzung folgt.)

Die Eisenbahnerbewegung in Preußen.

Berlin, 28. Juni. Heute nachmittag fand im Reichswehrministerium eine Besprechung zwischen dem Reichswehrminister Noske und Vertretern des deutschen Eisenbahnerverbandes, des allgemeinen Eisenbahnerverbandes und des Gewerkschaftsverbandes deutscher Eisenbahnbeamten statt. Der Reichswehrminister betonte, daß sein Streikverbot sich nicht gegen das Koalitionsrecht der Eisenbahner richte. Als altem Gewerkschaftler liege es ihm völlig fern, die Gewerkschaftsrechte der Eisenbahner anzutasten. Sein Erlaß richte sich lediglich gegen die Streiks, die unter Umgehung und gegen den Willen der Organisationen in frivoler Weise das Schicksal einer Millionenbevölkerung aufs Spiel setzten. Dagegen müsse sich die Regierung im Interesse des Volksganzen schütten. Der Reichswehrminister gab aber die Zusicherung, daß, wenn bis Montag früh der Streik beendet oder eine beträchtliche Zunahme der Arbeit eingetreten sei, er den Streikverbot bis Montag Mittag aufheben werde.

Berlin, 28. Juni. Der Zustand der Eisenbahner ist noch nicht beendet. Heute fand in allen Betrieben sowohl unter den Eisenbahnarbeitern als auch unter den Beamten Abstimmung darüber statt, ob man sich mit dem Zugeständnis der Regierung zufriedengeben und den Dienst wieder aufnehmen wolle oder nicht. Aus dem Reiche liegen nur wenige neue Meldungen vor. In Breslau hat sich in einer Versammlung der Funktionäre die Mehrzahl, etwa zwei Drittel, für den Abbruch des Streiks ausgesprochen. Die Verkehrsverhältnisse haben sich deshalb gebessert. Neu in den Streik getreten sind der sehr wichtige Bahnhof Döbberitz und der Bahnhof Königswusterhausen. Die Regierung hofft, daß die Einsicht der Eisenbahner doch noch zu einer Beilegung des Streikes führen werde.

Berlin, 28. Juni. In einer heute vormittag in der Stadthalle stattgehabten Versammlung der Eisenbahner wurde beschlossen, die Arbeit nachmittags 5 Uhr wieder aufzunehmen und die Blige noch heute abend wieder verkehren zu lassen.

Die Stellung des Gewerkschaftskongresses zum Streik.

Nürnberg, 28. Juni. Die Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände, die am 28. Juni vor dem Gewerkschaftskongress in Nürnberg zusammengetreten ist, beschloß gegen eine Stimme, dem Kongress am Montag folgende Resolution zur Beschlußfassung zu unterbreiten:

„Der Reichswehrminister hat am 26. Juni angeordnet, daß die Eisenbahner bis auf weiteres das Streikrecht entziehen. Der 10. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erkennt an, daß ein Streik der Eisenbahner gegenwärtig unserem darniederliegenden Wirtschaftsleben unermesslichen Schaden zufügen und die Reiben der Arbeiterklasse durch Verheerung der allgemeinen Versorgung verschärfen müßte. Der Kongress lehnt ebenso wie die zuständigen gewerkschaftliche Organisation der Eisenbahner jede Gemeinschaft mit den bereits ausgebrochenen, von unverantwortlichen Kreisen herbeigeführten Streiks ab. Gleichwohl erhebt der Gewerkschaftskongress Einspruch gegen jede auch nur vorübergehende Beseitigung des Streikrechts der Eisenbahner, das allen Arbeitern und Angestellten Deutschlands als Errungenschaft der Revolution zuzurechnen ist. Die vorliegende Verordnung ist zudem ungewis, weil Streiks nicht durch Verbote, sondern nur im Wege der Verständigung mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft zu verhindern sind. An die Eisenbahner und auch an die gesamte Arbeiterschaft richtet der Gewerkschaftskongress den dringenden Appell, ihre Interessen nur im Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Organisationen zu vertreten und in Anbetracht der trostlosen Lage Deutschlands und seiner Arbeiterklasse würde Streiks zu unterlassen.“

Der Kongress der englischen Arbeiter.

Nottingham, 28. Juni. Der „Newe Nottingham Courant“ meldet aus London, daß die Medien, die der Vorstehende des in Southford eröffneten Kongresses der britischen Arbeiterpartei, Gurl, gehalten habe, an den Stellen, wo er die Unzufriedenheit der Arbeiter mit dem Friedensvertrage zum Ausdruck brachte, einer Anzahl von Abgeordneten zu schief waren. Gurl erklärte, daß der Verlauf der Ereignisse die internationale Tätigkeit der Partei gerechtfertigt habe und daß die endliche Regelung des Friedens noch unerfreulicher und unbefriedigender ausgefallen wäre, wenn die Arbeiter nicht ihre eigene diplomatische Politik verfolgt hätten.

Die Politik der Regierung gegenüber Rußland scheint darauf hinzudeuten, daß sie entschlossen sei, tatsächliche bzw. imaginäre Auswüchse des Bolschewismus anzugreifen, um auf diese Weise die freie Entwicklung der sozialistischen Unternehmungen überall zu verhindern. Gurl warnte die Regierung neuerdings, daß die Zunahme der politischen Unzufriedenheit schwerste Folgen für die Nation haben könnte. Im Hinblick auf die unmittelbare Aktion erklärte Gurl, in Anbetracht dessen, daß die Konstitutionalisten seien, an die Zweckmäßigkeit der politischen Waffen glaubten und die Arbeiterpartei sich auf diese gründe, es unverständlich und undemokratisch sein würde, wenn sie keine Mehrheit an der Wahlurne erhalten könnten, bald eine industrielle Aktion vorzunehmen. — Der Korrespondent des „Daily Herald“ schreibt, daß die Rede des Vorstehenden mit Stillschweigen angehöret wurde. Dem Namen Wilson wurde noch vor einem Jahre, wenn er genannt wurde, überall Beifall bezeugt. Diesmal wurde jedoch nur gelacht, als Gurl von Wilson als einem Manne sprach, der nach demokratischen Grundsätzen strebe. Seine erhob im Namen der britischen sozialistischen Partei Protest gegen die Abwendung von Telegrammen an Wilson, der ein Werkzeug der amerikanischen Kapitalisten sei. Emillie und William traten so bei eine direkte Aktion ein, während die Parlamentsmitglieder so bei und Pace sich dagegen erklärten. Man kam zu keinem rangerechnen und beschloß daher, später wieder über diese Voten um, beraten.

Während der Besprechung der Arbeiterpartei drang der Vorstehende auch sein 1. Eröffnungsrede darauf, sich zur Erreichung der politischen Ziele nicht an den verfassungsmäßigen Weg zu halten. Nur im verantwortlichen Führer würden für die unmittelbare Tat mag im gewissen Bredeln zu finden sein. Der Sekretär des Trans-Manin? er der Bergarbeiter, Emillie, gab an, daß sie gegen die „Da“ sei. Er schloß vor, den Bericht darüber der Leitung der würdigen Durchberatung zurückzuführen. Der Sekretär der Bergarbeiter, Emillie, sagte, wenn die Gewerkschaften die Zustimmung erteilen, daß die Waffen zu politischen Zwecken verwendet werden, dann werde der ausführende Ausschuss lieber zurücktreten wollen. Zum Schluß teilte der Vorstehende mit, daß über eine besondere Entscheidung, die diese behandelt, abgestimmt werden wird.

Amsterdam, 27. Juni. Nach einer Reutermeldung aus Southport wird in der Entscheidung der Arbeiterkonferenz, in der die rasche Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund und die sofortige Revision der Bestimmungen des Friedensvertrages verlangt wird, die Arbeiterbewegung aufgefordert, im Einvernehmen mit der Internationale eine energische Aktion zu beginnen, um die Unterstützung der Völker für die Konferenz zu gewinnen. In der Nachmittagsitzung hat die Konferenz die Frage der nationalen Geldmittel behandelt und sich für eine ausgiebige Abgabe von großen Vermögen zur Verminderung der Staatschulden, zur Begründung einer Nationalbank durch die Regierung und für die Verstaatlichung der Produktionsmittel ausgesprochen. Renaudel erklärte, er hoffe, daß die englische Arbeiterpartei in einigen Jahren die Regierung übernehmen können. Der Friedensvertrag und der Wälterbund entsprächen nicht den Anforderungen und Bestrebungen der arbeitenden Klassen Frankreichs und Englands. Sie müßten so abgeändert werden, daß sie eine Garantie für die Dauer des Friedens bilden. Es sei die Pflicht der Sozialisten, ungeschehen zu machen, was in Versailles schief gemacht worden sei. Der Versailler Frieden sei kein Frieden und die Deutschen würden durch ihn in jeder Hinsicht den anderen Völkern gegenüber in Nachteil gestellt. Augenblicklich seien alle Länder Europas voll von „Preußen“. Der Sekretär des französischen Allgemeinen Arbeiterverbandes, Jouhaux, sagte: Der Friedensvertrag ist das Gegenteil von dem, worauf die Völker hoffen und was die Regierungen versprochen haben. Er kann leicht zu einem neuen Kriege führen.

Southport, 27. Juni. Reuter. Die Arbeiterkonferenz hat eine Resolution angenommen, worin dem Gewerkschaftskongress empfohlen wird, eine sofortige Aktion zu unternehmen, um die Dienstpflicht für Großbritannien abzuschaffen.

London, 27. Juni. (W. B.) Reuter. Die Arbeiterkonferenz hat sich mit 1 898 000 gegen 935 000 Stimmen für eine direkte Aktion in der russischen Frage entschieden.

Aus der Partei.

1. Kassel, 30. Juni. Jugendorganisation. Morgen ist ein Unterhaltungsabend.

1. Kassel, 25. Juni. Heute fand hier eine außerordentliche Sitzung des Gewerkschaftskartells statt, an der auch Gagenauer Gewerkschaftler teilnahmen, um zu beraten, auf welche Weise man dem „Volksefreund“ sämtliche behördliche und kommunale Anzeigen für den Bezirk Kassel verschaffen könne. Aus der Aussprache ergab sich, daß die arbeitende Bevölkerung sowohl von Kassel wie auch von den Murgalorten nicht länger gewillt ist, neben dem „Volksefreund“ auch noch ein bürgerliches Kales Blatt halten zu müssen, umso mehr, als ja die bürgerlichen Blätter nie ein großes Verständnis für die Interessen der Arbeiter und Angestellten gezeigt haben. Das Beispiel der Baden-Badener Genossen, welche die Gründung eines eigenen Parteiblattes beabsichtigten, wurde verworfen; auch kann für Kassel und das Murgalort des Badenener Blatt keinesfalls in Betracht kommen. Dagegen wurde in Vorschlag gebracht, daß für die 1500 Abonnenten, welche der „Volksefreund“ in Kassel und dem Murgalort besitzt, ein Kopfbild gedruckt wird, worin selbstverständlich sämtliche kommunale und behördliche Anzeigen aufgenommen werden müßten. Eine gewaltige Erhöhung der Abonnentenzahl würde das sicher zur Folge haben, denn viele minderbemittelte Arbeiter sind nicht in der Lage, sich zwei Blätter zu halten und diese lesen jetzt wegen der Kommunalüberbungsanzeigen anstelle des „Volksefreund“ ein bürgerliches Blatt. Um über die Angelegenheit weiter zu beraten, soll demnächst in Kassel eine Sitzung stattfinden, zu welcher der Verlag und die Redaktion des „Volksefreund“, die Pressekommission für den „Volksefreund“, sowie die Zirkalleiter und Vereinsvorstände der Umgebung eingeladen werden.

Außerordentliche Ausschussung der Landesversicherungsanstalt Baden.

Lehen Montag, 16. Juni fand in der im Jahre 1916 von der Versicherungsanstalt künstlich erworbenen Heilstätte „Girshalde“ bei Bad Dürrenheim eine außerordentliche Ausschussung der Landesversicherungsanstalt Baden statt. Anwesend waren außer dem Vorsitzenden Herrn Geh. Regierungsrat Bed und Buchhalter Hof-Karlstraße, je 12 Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter des Ausschusses, sowie die ärztlichen Leiter der Heilstätten Friedrichsheim, Luitensheim und Nordrach, Medizinalräte Dr. Gutschmann und Dr. Schmidt und endlich drei Delegierte der Beamteninteressen. Als Vertreter der Regierung war Herr Oberamtmann Freischer von Gemmingen erschienen. Fünf Vorlagen des Vorstandes und drei Anträge, welche die Ausschusskommission gemeinsam mit den nichtbeamteten Vorstehern des Vorstandes gestellt hatten, bildeten die sehr reichhaltige Tagesordnung.

Der Anfallsvorsitzende hatte eine umfangreiche Vorlage betr. die Regelung der Gehaltsverhältnisse der Beamten der Anstalt vorgelegt, deren Einzelheiten vorher im Einverständnis mit dem Beamtenausschuss festgelegt worden waren. Zwischen der Versicherungsanstalt und dem badischen Staat besteht seit Gründung der Anstalt im Jahre 1898 ein Vertrag, wonach erstere sämtliche Beamte, die sie benötigt, aus den Reihen der Staatsbeamten entnimmt, sie bleiben bei ihrem Lebensort in die Versicherungsanstalt Staatsbeamte, das Beamtengehalt und der staatliche Gehaltstarif sind für sie maßgebend, ebenso müssen neue Stellen jeweils im Staatsvoranschlag vorgezeichnet und vom Landtag bewilligt werden. Die beamteten Vorstandsmitglieder werden von der Regierung nach Anhörung des Anfallsvorsitzenden ernannt. Die Anstalt bezieht natürlich die Gehälter, ist aber an die durch den staatlichen Gehaltstarif gezogenen Grenzen gebunden. Sie kann daher im gegenwärtigen Zeitpunkt die von den Beamten dringend gewünschte finanzielle Besserstellung nur auf Umwegen erreichen, solange der Landtag den Gehaltstarif nicht geändert hat. So schlägt der Vorstand vor, sog. Stellengulden zu schaffen, um auf diesem Wege einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Gehaltsklassen und Beamtenkategorien zu ermöglichen. Der Ausschuss stimmte diesem Vorbegeh, zu die Arbeitnehmer allerdings mit sehr gemäßigten Gehältern, die bei einem späteren Angeordnetungspunkt zum Ausdruck kamen.

Mit der Vorlage 1 wurde gleichzeitig der 1. Antrag der Ausschusskommission verhandelt, der für sämtliche Beamten und Angestellten der Anstalt bis herunter zur Wäscherin und zum Dienstmädchen der Heilstätten eine einmalige Entschuldigung und Zulage verlangt. Dies soll in der Weise geschehen, daß bei einem Lohn oder Gehalt bis 2000 M die Entschuldigungszulage 1000 M betragen und bei ansteigenden Gehaltsstufen von 800 zu 600 M um je 100 M niedriger bemessen werden soll, so daß die Zulage bei einem Gehalt von 4500 M und mehr 400 M beträgt. Nach Ablehnung eines Antrags des Beamtenausschusses, der den für die Zulage maßgebenden Grundbehalt o h n a

Wohnungsgeld verstanden wissen wollte und nach Vornahme einiger Modifikationen, die sich namentlich auf die verschiedenen Anstellungsverhältnisse der Angestellten und Bediensteten der Heilstätten bezogen, stimmte der Ausschuss auch diesem Antrag zu.

Die zweite Vorlage bezieht sich auf bauliche Gestaltungen und Erweiterungsarbeiten in den beiden Heilstätten Friedrichsheim und Luitensheim, im Voranschlag von insgesamt rund 600 000 M, die sich in der Hauptsache zusammensetzen aus dem Aufwand für Erstellung eines Verwaltungsgebäudes, eines Lagershauses und von sechs Arbeiterwohnhäusern, sowie der Verbesserung der vorhandenen Heilstättenabteilung. Auch dieser Anforderung wird seitens des Ausschusses ohne wesentliche Debatte zugestimmt. Im Anschluß daran berichtete Ausschussmitglied Abg. Kaufs über ein unliebsames Vorkommnis, das seinerzeit in den beteiligten Kreisen über Gebühr Staub aufwirbelte. Der Beamter Weber der Heilstätte Friedrichsheim hatte zu Weisnachten an den Anfallsvorsitzenden und das Vorstandsmitglied Hof-Karlstraße mit Lebensmitteln gesandt und zwar aus Käufen, die er unter der Hand gemacht hatte und selbstverständlich gegen entsprechende Bezahlung. Der Soldatentat Friedrichsheim hatte die Sache aufgegriffen und einen gefarnichteten Protest an die Regierung gerichtet, so daß von Regierungswegen eine Untersuchung angestellt wurde. Auch die Ausschusskommission befahte sich mit der Sache, ebenso die sozialdemokratische Landtagsfraktion. Nach kurzen Bemerkungen der Beteiligten wurde die Auffassung des Ausschusses in einer Resolution niedergelegt, wonach er in der Handlungsweise der Beteiligten nichts Strafbares oder Ehrenrühriges erblicken kann, daß die Heilstätteninsassen hinsichtlich ihrer Verpflegung in keiner Weise durch diese Sendungen gekränkt oder geschädigt worden seien, und daß der Ausschuss die Sache als erledigt betrachtet. Eine weitere Vorlage betraf den Ankauf des Wohnhauses des Buchhalters Cramer in Friedrichsheim. Im Jahre 1906 hatte Herr Cramer mit Genehmigung des Anfallsvorstandes auf dem Grundstück ein Wohnhaus mit Garten und Obstgarten erbaut, das er aufgrund eines damals abgeschlossenen Vertrags jetzt dem Vorstand zum Kauf anbot zum Preis von 17 400 M. Nachdem Arbeitervertreter Kaufs kurz bemerkt, daß derartige eigentümliche Konzeptionen an Anfalls- oder Heilstättenbeamte hinsichtlich unerblich seien, stimmte der Ausschuss dem Kauf zu.

In Vorlage 2 beantragt der Vorstand den Kauf eines kleinen Bauerngutes bei der Heilstätte Nordrach zur Verrentung des Grundbesitzes der Heilstätte. Der Kaufpreis beträgt 15 080 M. Der Erwerb des Anwesens wird zugestimmt.

Die folgende Vorlage betrifft die Heilstätte „Girshalde“ bei Bad Dürrenheim. Diese Heilstätte wurde sofort nach ihrer Erwerbung an die Seeresverwaltung als Heilort abgetrennt und nunmehr von ihr geräumt. Die Gebäulichkeiten sind infolge dieser Verwendung ziemlich mitgenommen und bedürfen umfassender Renovation und baulicher Veränderungen, bevor sie in Betrieb genommen werden können. Ferner muß zur Bewirtschaftung des großen landwirtschaftlichen Eigen- und Pachtbestandes, der jetzt 882 Ar Acker und 787 Ar Wiese umfaßt, ein Oekonom angestellt werden, sowie ein Weidmänn zur Instandhaltung der elektrischen Anlagen, des Pumpwerks der Wasserleitungen usw. Der Ausschuss erklärt sich auch damit einverstanden.

Zu prinzipiellen Auseinandersetzungen geben die beiden nunmehr zur Verhandlung kommenden Anträge der Ausschusskommission Anlaß. Sie stellen zunächst den Antrag, daß die Zahl der beamteten Vorstandsmitglieder von drei auf fünf erhöht, und daß den Vorsitzenden ein entsprechender Einfluß durch Zugewinn derselben in den beamteten Vorstand gewährleistet werden solle. Dieser Antrag ist auch von drei Arbeitgebervertretern mitunterzeichnet. Gleichzeitig lag ein in einer Vorbesprechung der Beamtenvertreter des Ausschusses vereinbarter Personenvorschlag vor, der wünscht, daß folgende Arbeitgebervertreter als beamtete Vorstandsmitglieder der Landesversicherungsanstalt der Regierung in Vorschlag gebracht werden sollen: 1. Kaufs Karl, Landtagsabgeordneter und Stadtrat, Heidelberg, 2. Hof-Karl, Vorsitzender der freien Vereinigung badischer Kranenlaster, Karlsruhe, 3. Reinhardt Jakob, Arbeitersekretär in Freiburg. Begründet wurden die Vorschläge von den Arbeitgebervertretern Waj und Flohr, die darauf hinwiesen, daß auch in der inneren Organisation der Versicherungsanstalt den neuen Vertreterklassen Rechnung getragen werden müsse, und daß gerade der gegenwärtige Zeitpunkt besonders geeignet sei, daß der stellvertretende Vorsitzende der Versicherungsanstalt Geh. Reg.-Rat Waldheim am 1. Juli in Ruhestand trete und die dritte beamtete Stelle im Vorstand durch den Tod des Regierungsrats Dr. Reich erledigt sei, daß die Beamten, für die doch die ganze Sozialgesetzgebung geschaffen worden sei, ein Recht auf maßgebenden Einfluß in diesen Institutionen geltend machen könnten. Und nun geschähe etwas Ueberraschendes, Namens der Arbeitgebervertreter erklärte Herr Kommisgenrat C. W. Meier-Freilich, der den oben wiedergegebenen Antrag mitunterzeichnete, daß die Arbeitgeber den Antrag auf Erweiterung des beamteten Vorstandes glatt ablehnen. Zur Begründung wurde erklärt, daß sie, die Arbeitgeber, an der Parität der Vertretung der Beamten, durch eine derartige Erweiterung des Einflusses der Beamten würde die Arbeitgebervertretung zur Deforation herabsetzen, worauf Versicherungsvertreter Flohr treffend erwiderte, daß die heutige Vertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer überhaupt nicht viel mehr als Deforation sei, und daß gerade dieses Gefühl die Versicherungsvertreter zur Stellung ihrer Anträge heranführt habe. (Einschüchtern wollen wir bemerken, daß wir den Einfluß speziell des Herrn C. W. Meier in der Versicherungsanstalt für sehr weitgehend halten, ob allerdings gut im Interesse der Beamten, ist eine andere Frage, v. Verarbeiter.) Auch Versicherungsvertreter Reinhardt wies an der Hand der Satzung nach, daß die Parität wie sie bisher bestand, durch die Annahme obiger Anträge nicht im geringsten irritiert werde. Vergebens war alles Reden. Beschlossen stimmten die Arbeitnehmer für, die Arbeitgeber gegen den Antrag.

Ein weiterer Antrag der Ausschusskommission geht dahin, den Vorstand zu beauftragen, sofort Schritte zu tun, um das Vertragsverhältnis zwischen Versicherungsanstalt und Staatsregierung hinsichtlich der Staatsbeamten aufzuheben und dem Ausschuss nach voreriger Verhandlung mit den Beamten entsprechende Vorlage zu machen. Die Beamten sehen diesem Antrag ablehnend gegenüber. Sie begründen dies in einem längeren Schriftsatz, den sie jedem Ausschussmitglied übermitteln ließen, außerdem erhoben sie persönliche Vorstellungen bei demselben. Sie befürchten, daß bei Lösung des Vertrages nur Anfallsbeamte seien, ihre Staatsbeamtenrechtliche Stellung verlieren und vor allem ihrer eventuellen Rückkehr in den Staatsdienst erhebliche Schwierigkeiten erwachsen würden. Auch hier stimmten, trotz eingehender Begründung durch Versicherungsvertreter Kaufs, die Arbeitgebervertreter geschlossen gegen die grundsätzliche Lösung des Vertrags, während die Beamtenvertreter geschlossen dafür waren. Ein Kompromissantrag der letzteren, wenigstens eine Revision des Vertrags anzustreben, fand dagegen einstimmige Annahme. Die Revision soll sich in der Richtung bewegen, daß dem Anfallsvorstand ein größeres Recht und mehr Bewegungsfreiheit bei der Anstellung und Gehaltsfestsetzung der Anfallsbeamten gewährleistet wird, insbesondere auch, daß ihm die Möglichkeit gegeben wird, nach dem Grundsatze, der in § 11 der badischen Verfassung niedergelegt ist, „Freie Bahn dem Tüchtigen“, Verfahren zu können. Damit war die Tagesordnung der mehr als fünfstündigen Sitzung erledigt. Die Versicherungsvertreter gaben zu Protokoll, daß sie sich betr. die Erweiterung des beamteten Vorstandes weitere Schritte vorbehalten.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 30. Juni.

Schnuggler-Nazja-Fahrt der Karlsruher Volkswehr. In der Nacht vom letzten Freitag auf Samstag machte die Karlsruher Volkswehr in Gemeinschaft mit dem Kriegsmarineamt eine Schnuggler-Nazja-Fahrt nach Neuburgweier...

Das Ergebnis der Nazja brachte zu Tage: größere Mengen Silber, Schokolade, Kakao, Kaffee, Schokolade, Dojennmilch, Seife, ein Saft Leberwurst, sowie eine Kartoffel.

Sozialdemokratische Bürgerauskunft. Heute abend 6 Uhr im kleinen Rathausaal Fraktions-Sitzung. Erscheinen aller Fraktionsmitglieder ist unbedingt erforderlich.

Mittheilung. In der Bezirksversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am Mittwoch abends 1/9 Uhr (Schwanen) wird folgende Tagesordnung behandelt.

Sozialdemokratischer Verein Grünwinkel. Am Mittwoch, 2. Juli, findet eine Parteiverammlung statt, in der Gen. Landtagsabgeordneter A. Weismann einen Vortrag halten wird.

Defensiv-Verammlung der Pub., Wajch- und Monatsfrauen. Erfreulichweise sind auch die Pub., Wajch- und Monatsfrauen aufgewacht und schloßen sich zusammen, um ihre traurige

Lage zu verbessern. Aus diesem Grunde findet morgen Dienstag, abends 8 Uhr in der „Goldenen Krone“, eine öffentliche Versammlung statt.

Jede Pub- und Monatsfrau, der es darum zu tun ist, ihre Lage zu verbessern, muß die Versammlung besuchen. Von sich selbst gibt es keine Befreiung, sondern sie kann nur durch eine geschlossene Organisation erreicht werden.

Sozialdemokratische Partei Karlsruhe.

Am Mittwoch, 2. Juli, abends 1/8 Uhr, finden in nachstehenden Lokalen

Bezirksversammlungen

- Altstadt: „Alte Linde“, Ecke Adlerstr. und Birkel. Grünwinkel: „Zur Lokalbahn“. Mittelstadt: Caféhaus zur „Krone“, Ecke Amalien- und Douglasstr.

Interessante Vorträge werden in diesen Versammlungen gehalten von den Genossen: Stadtrat Dr. Dieß, Reichsrat, M. d. L., Stadtrat Dr. Kullmann, Dr. Kraus, M. d. L., Architekt G. Sievogt, Dr. Hofheing, Lehramtspraktikant am Realgymnasium, A. Weismann, M. d. L.

Genossinnen und Genossen, erscheint in Massen. Der Vorstand.

„Zum Artikel „Die Staatsanwaltschaft im Volksstaat oder: Die Kleinen hängt man...“ in Nr. 135 des „Volksfreund“ vom 14. Juni 1918 wird von zuständiger Stelle geschrieben: „Bei Sondier Michael Lamed in Veierheim wurden anlässlich einer Durchsichtung eine Reihe von Gegenständen gefunden, von denen der Verdacht bestand, daß sie aus Feuerschiffen herriehren.“

Ueber freie Liebe oder Ehe? spricht heute Montag, den 30. Juni, abends 8 Uhr im Friedrichshof Gen. Dr. Martin Olpe, der überall als bedeutender Redner bekannt ist.

wegen des starken Zudrangs 3-4 mal wiederholt werden, und wurde überall mit großer Begeisterung aufgenommen. Dr. Olpe ist Verfasser zahlreicher Bücher und Abhandlungen.

Defensiv-Verammlung in Müppurr. Ueber die Sozialisierung des Wohnungswesens referierte am Montag abend in einer öffentlichen Versammlung im Saale des „Eichhorn“ Herr Landeswohnungsinspektor Dr. G. Kampffmeyer.

Ausgehend von der herrschenden Wohnungsnot und der notwendigen Abhilfe, ging Redner auf seinen Entwurf eines Grundgesetzes über, das eine neue Grundlag bildet, um aus der Wohnungsnotlage erfolgreich herauszuführen.

In der Diskussion wurde der Entwurf des Grundgesetzes durchweg begrüßt und gewünscht, daß er sobald wie möglich Gesetz werden möge.

Die am 28. Juni im „Eichhorn“ in Müppurr tagende Versammlung, die gemeinsam vom Zentrum, von der demokratischen und der sozialdemokratischen Partei einberufen ist, begrüßt den Entwurf eines Grundgesetzes von Dr. G. Kampffmeyer als den besten Ausweg aus der herrschenden Wohnungsnot.

Nachstellung. Wir kritisieren in der Mittwochnummer in unserem Artikel „Milk-Ausnahmepreise“ u. a., daß die Milchhändler die Milch nicht in die Wohnung der Verbraucher bringen, trotzdem sich der amtlich festgesetzte Milchpreis frei Wohnung des Verbrauchers verhalte.

Schleichhandel. Eine vierköpfige Familie wurde wegen Schleichhandels festgenommen. Man fand bei ihr eine Quantität Schokolade und eine größere Menge Tabak, Zigaretten, Lichter, ein Paal Schinken und verschiedene Nahrungsmittel.

Die Geschäftszimmer der Garnison-Verwaltung befinden sich vom 1. Juli ab im Gebäude Kreuzstraße 11, 8. Etod.

Landestheater. Der Karlsruher Ortsverband der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger hat, wie bereits mitgeteilt, Herrn Kammerjäger Jan van Gorkom für die heute Montag stattfindende Wohltätigkeits-Vorstellung zu Gunsten der Handlungs-Kassen als Ehrengast gewonnen.

Vereinsanzeiger.

Bruchsal. (Gewerkschaftskartell.) Dienstag abend 1/8 Uhr in der „Palz“ Sitzung. Verantwortlich für den Gesamtsatz: Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Bis Anfang August 4506 keine Sprechstunden Dr. Ernst Huber Facharzt für Ohren-, Nasen- und Halsleiden.

Habe meine Praxis von heute ab nach Waldstr. 30 über dem „Residenz-Theater“ verlegt. Zahnarzt Alfred Meyer. Telefon 1754.

Badische Feuerversicherungsbank Karlsruhe. Bilanz für den 31. Dezember 1918. Aktiva: 1. Forderungen an die Aktionäre 8.000.000.-

Volks-Buchhandlung der Sozialdem. Partei Karlsruhe, Adlerstrasse 16. Die neue badische Verfassung mit Porto 70 Pfennig. Die Gemeinde-, Bezirks- und Kreiswahlen Preis 40 Pfennig, Porto 5 Pfennig.

la Fußbodenöl Friedens-ware markenfreies Waschpulver Schmierseife, Bodenwachs etc. in jeder Menge lieferbar, auch nach auswärts. Schultze, Kalsorpassage 6, Telefon 2199.

Monteur gesucht. Der im allg. Maschinenbau sowie Dampfmaschinen - Motoren - und elektr. Anlagen bewandert. Angebote mit Gehaltsansprüchen bei freier Wohnung und Garten. Angabe der bisherigen Tätigkeit u. Zeugnisabschriften unter Nr. 4508 an das Volksfreundbüro erbeten.

Daniels Konfektions-Haus Wilhelmstr. 34, 1 Tr. Vor-Tüll-Blusen 4177. Soie-Moire-Jacken. Soie-Läster-Kleider. Soie-Rips-Mäntel. Soie-Eolienne-Röcke. Keine Ladenspesen.

Vertreter gesucht. Für die Orte Ettlingen, Malsch, Muggenurm, Mörch, Forchheim u. Nastatt werden überall brauchbare Vertreter gesucht für eine alte gut eingeführte Lebensversicherung. Offert. bei dem Volksfreundbüro abzugeben. 4542

Männer. Harn- und Blasenleiden, Ausfluß usw., bewährt und ausserordn., auch in veralteten Fällen, sind meine echten Santol-Kapseln. Preis Originalkarton M. 7.-, 3 Kartons M. 20.-. Schildbrand, Versandhaus 208, Berlin N. 4, Invalidenstr. 8.

Mandolinen, Gitarren, Zithern werden fortwährend angekauft in Weintraubens- und Verkaufsgeschäft, Kronenstr. 52. Tel. 8747.

Caschenuhren auch reparaturbedürftig, kauft Levy, Annu-Verkaufsgeschäft Markgrafenstr. 22.

Kräutze. Hautauschlag Hautjucken Flechten usw. verewende man Krätze-Seife Herbol Erfolg unübertroffen! 1 Dose kostet für Kinder M. 1.50, Erwachsene 2.80, alte Fälle 4.25, ganz alte Fälle 6.80. Damit Hautauschläge nicht wieder auftreten, trinke man Blutreinigungstee 1 Palet M. 1.-. D. Hlfig, Amberg.

Schlafzimmer-Einrichtung. Waschkomode mit Spiegel, aufklap., 2 türler Schrank, 2 Nachtsch. eigen, 1200 M. Küchenmöbel in jeder Farbe, komplett 480 M. Gute Ware, alles neu. Effentweinst. 42, S. 11, Wöflinger. 4515

Zu verkaufen: Gut erhalt. Kinderbett mit neuer Matratze, ein Paar neue Militärstiefel, beides sehr billig. 4567 Winterstr. 25, Hk. III I. Schönes, leichtes, blaues Jackett mit feiner gestreifter Hose, wie neu. 1 Hübsch blau, 2 Paar noch gute Herrenschuhschuhe 40/42. Hemden, mehrere Kragen Nr. 38-42 und Schlupf Range, Viktoriast. 18 III.

Ein eleg. Frack auf Seide, für Kellner geeignet, neu, zu verk. 4570 Range, Viktoriast. 18 III.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Durlach. Geburten. Frh. Julius, Enderle, Metzger. Ana. Vater Julius Schill, Güterbestätigerarbeiter. Richard August Wilhelm, Vater Aug. Karl Karlh. Schloffer. Johanna, Vater Gustav Konrad Steidinger, Steinseger. August, Vater Aug. Joh. Paul Meier, Schloffer. Gertrud Eise, Vater Eug. Wilhelm Bauer, Laborant. Schuhmacher. Herm. Emil, Vater Ignaz Martin, derzeit Wachtm. in Emden. Karl Friedrich, Vater Wilhelm Prestenbach, Kraft. Ingeb. Ellen Emilie, Vater Helm. Krue, Offizierstellvertreter. Franz Heinrich, Vater Max Hötner, Flechtern. Herm. Franz Adolf, Vater Herm. Steurer, Schloss. Johanna, Vater G. Souer, Schloffer. Geschlechtsungen. Rud. Etiebrig, Schiffer, derzeit Riebmachmeister, wohnhaft in Heidelberg, mit Eise Marie Kübler hier. Guido Mey, Koch in Nassau, mit Karolina Maria Luz geb. Heß hier. Wilhelm Friedr. Koch, Metz., mit Amalie Verta Ederle. Gnst. Adolf Geher, Verkäufer hier, mit Sophia Dielecke in Mingsheim Amt Bruchsal. Wilh. Friedrich Vater, Goldschm. in Forchheim, mit Lydia Rosa Menert hier. Emil Alfred Bauer, Bürogehilfe, derzeit Rastfahradarbeiter, mit Luise Eise Bauer. Rudw. Wilhelm Rönnegrässer, Vikar hier in Karlsruhe, mit Magdal. Frieda Haller geb. Kändler hier. Emil Friedr. Schwegler, Hauptlehrer in Wangingen, mit Wilhelm, mit Maria Karol. Anna Joller hier. Sigmond Alexander Henemann, Fleischer, mit Luise Verta Angerer. Gustav Aug. Jilly, Metzger in Söllingen, mit Emilie Hermine Kreppe in Söllingen. Gustav Oskar Bruno Tlgnar, Hilfsarb., mit Pauline Fildner geb. Härtle. Wilhelm Schneider, Schlosser in Wöflingen, mit Lina Kath. Schneider geb. Kunzmann in Wöflingen. Julius Wöndert, Kaufmann in Forchheim, mit Marie Luise Steeger hier. Wilh. Barth von Mauer, Kaufm. in Freiburg, mit Luise Veiter von hier. A. Ganter von Zellingen, Justizkath hier, mit Elisabeth Brunny von Redardhausen. Franz von Stollhofen, Eisenbahnschaff. hier, mit Franz Anton von Walsch. Karl Friedrich von Walsch, Wagenführer hier, mit Eilf. Friedenstein Wn. von Forst. Herm. Vater von Gaggenau. Redhamler hier, mit Wlad. Schäfer von Walsch. Paul Marowski von Seis, Hauptlehrer in Weinheim, mit Marie Senger von hier. Hans Ewald von hier. Val. hier, mit Verta Genbid von Pellin. Josef Denning von Gernsbach, Malerm. hier, mit Emma Walzer von hier. Paul Hof von Greis, Schm. hier, mit Eise Red von Teufschneureuth. Karl Seiler von hier. Schuhmacher hier, mit Rosa Burzard von Baden.

in Heidelberg, mit Eise Marie Kübler hier. Guido Mey, Koch in Nassau, mit Karolina Maria Luz geb. Heß hier. Wilhelm Friedr. Koch, Metz., mit Amalie Verta Ederle. Gnst. Adolf Geher, Verkäufer hier, mit Sophia Dielecke in Mingsheim Amt Bruchsal. Wilh. Friedrich Vater, Goldschm. in Forchheim, mit Lydia Rosa Menert hier. Emil Alfred Bauer, Bürogehilfe, derzeit Rastfahradarbeiter, mit Luise Eise Bauer. Rudw. Wilhelm Rönnegrässer, Vikar hier in Karlsruhe, mit Magdal. Frieda Haller geb. Kändler hier. Emil Friedr. Schwegler, Hauptlehrer in Wangingen, mit Wilhelm, mit Maria Karol. Anna Joller hier. Sigmond Alexander Henemann, Fleischer, mit Luise Verta Angerer. Gustav Aug. Jilly, Metzger in Söllingen, mit Emilie Hermine Kreppe in Söllingen. Gustav Oskar Bruno Tlgnar, Hilfsarb., mit Pauline Fildner geb. Härtle. Wilhelm Schneider, Schlosser in Wöflingen, mit Lina Kath. Schneider geb. Kunzmann in Wöflingen. Julius Wöndert, Kaufmann in Forchheim, mit Marie Luise Steeger hier. Wilh. Barth von Mauer, Kaufm. in Freiburg, mit Luise Veiter von hier. A. Ganter von Zellingen, Justizkath hier, mit Elisabeth Brunny von Redardhausen. Franz von Stollhofen, Eisenbahnschaff. hier, mit Franz Anton von Walsch. Karl Friedrich von Walsch, Wagenführer hier, mit Eilf. Friedenstein Wn. von Forst. Herm. Vater von Gaggenau. Redhamler hier, mit Wlad. Schäfer von Walsch. Paul Marowski von Seis, Hauptlehrer in Weinheim, mit Marie Senger von hier. Hans Ewald von hier. Val. hier, mit Verta Genbid von Pellin. Josef Denning von Gernsbach, Malerm. hier, mit Emma Walzer von hier. Paul Hof von Greis, Schm. hier, mit Eise Red von Teufschneureuth. Karl Seiler von hier. Schuhmacher hier, mit Rosa Burzard von Baden.

Zum Neubau von Kleinwohnungen im Stadtteil Daxlanden sind Glaserarbeiten und Schreinerarbeiten zu vergeben.

4544
Verträge können beim städt. Hochbauamt, Karlsriedstraße Nr. 8, Eingang Jähringerstr., Zimmer Nr. 188, abgeholt werden. Dasselbst sind auch die Angebote bis Dienstag, den 8. Juli 1919, vormittags 10 Uhr, einzureichen.
Karlsruhe, 27. Juni 1919.
Städt. Hochbauamt.

Vergabe von Kanalbauarbeiten.

Die Herstellung der Kanäle für die Gartenstadt Grünwinkel und für die Kleinwohnungs-Bauten östlich der Luftschule soll vergeben werden. Angebote sind bei dem städt. Hochbauamt, Karlsriedstraße Nr. 8, abgeholt werden. Dasselbst sind auch die Angebote bis Freitag, den 11. Juli 1919, vormittags 10 Uhr, einzureichen. Die Bedingungen und Pläne zur Einsicht auflegen und Angebotsentwürfe abgeben werden.
4571
Karlsruhe, 28. Juni 1919.
Städt. Tiefbauamt.

Neue Kurse

Beginn 1. Juli
F. Buck's
bekannte
Spezial-Schule
für moderne
Handschrift
Flotter Briefstil
Fehlerfr. Schreiben
Mark 15-20 pro Fach.
Auswärts briefl.
Lessingstrasse 78.

Empfehle mich zum Ankauf von **Offiz. Uniformen** Schmutzsachen aller Art Wasche usw



• Gef. • Angebote erbitte!
Weintraub's
An- u. Verkaufsgeschäft,
Kronenstr. 52
Telefon 3747.

!! Achtung !!
Haarpflegen, Stecher und Rämme werden prompt und sauber repariert. 4575
Lieferzeit 3 Tage.
Marienstr. 35 III.

Die Bekleidungs-Ausgabestelle des Bezirkskommandos

für entlassene Wehrangehörige wird von Durlach, neue Trainsperrn nach Karlsruhe verlegt.
Die Kammer bleibt dabei vom 8. bis 8. Juli geschlossen. Ab 9. Juli erfolgt die Ausgabe von Entlassungsausweisen in Karlsruhe, Artillerielafazette 50, Molkestraße 8, Ende der Straßenbahnlinie 8.
Bezirkskommando Karlsruhe. 4572

Bestellung der Straßen- und Hausarbeiten in dem Gebiet zwischen Gottesdare, Wolfartsweiler-, Kriegs- und Sommerstraße betreffend.
Der Stadtrat der Landeshauptstadt Karlsruhe beauftragt gemäß § 3 des Ortsstatutgesetzes die Feststellung der Straßen- und Hausarbeiten in dem Gebiet zwischen Gottesdare, Wolfartsweiler-, Kriegs- und Sommerstraße. Die Straßen sind oder werden demnach an Ort und Stelle abgesteckt.
Die Pläne nebst Plänen liegen während zwei Wochen, vom Tage der amtlichen Bekanntmachung an, auf dem Rathaus hier zur Einsicht der Beteiligten auf. Einwendungen gegen die beabsichtigte Feststellung sind innerhalb der genannten Frist bei Anschlagherbeiden beim Bezirksamt oder beim Stadtrat hier schriftlich oder mündlich geltend zu machen.
4578
Karlsruhe, den 28. Juni 1919.
Bezirksamt. O. J. 205

Bekanntmachung.

Die Kriegsunterstützungen für die 1. Hälfte des Monats Juli 1919 werden, soweit noch Berechtigungen zum Bezug besteht, nach Maßgabe der Nummern der Unterstützungsausweise in folgender Weise ausbezahlt:
Dienstag, 1. Juli 1919 die Nummern 1 bis mit 6000
Mittwoch, 2. " " " " 5001 " " 10000
Donnerstag, 3. " " " " 10001 " " 18000
Freitag, 4. " " " " 18001 " " Schluss.
Die Auszahlung wird in den Geschäftsräumen des Kriegsunterstützungsamts Hotel 40/42, 3. Stock, Zimmer Nr. 10, jeweils von vorm. 8^{1/2} bis 12^{1/2} Uhr mittags vorgenommen.
Zur Erzielung einer geordneten und reibenden Auszahlung muß dringend darauf bedacht werden, daß die Unterfertigungsunterlagen die vorgeschriebene Reihenfolge genau einhalten.
Karlsruhe, den 27. Juni 1919. 4570
Das Bezirksamtsamt.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Zab. Nr. 4000f; 4 a 80 qm mit Gebäuden, Bunsenstrasse 4.
Schätzung: 62 000 M.
Versteigerungstermin: Dienstag, den 8. Juli 1919, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Akademiestraße 8.
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.
Karlsruhe, den 8. Juni 1919.
Vad. Notariat VI als Vollstreckungsgericht.

Grundstücks-Zwangs-Versteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe Zab. Nr. 7181; 26 a 19 qm Ader, 1 a 98 qm Hofstatt, Gewann Schweißhof.
Schätzung: 10 000 M.
Versteigerungstermin: Montag, den 15. Sept. 1919 vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Akademiestraße 8.
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.
Karlsruhe, den 25. Juni 1919.
Vad. Notariat VI als Vollstreckungsgericht.

Grundstücks-Zwangs-Versteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe Zab. Nr. 1817; 4 a 07 qm mit Gebäuden (Gasthaus zum schwarzen Adler), Kronenstrasse 53.
Schätzung: 85 000 M. Wert des Zubehörs: 8779 M.
Versteigerungstermin: Mittwoch, den 17. Sept. 1919 vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Akademiestraße 8.
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.
Karlsruhe, den 27. Juni 1919.
Vad. Notariat VI als Vollstreckungsgericht.

Gaskoks Stück- und Rostfoks

Berechnen wir vom 1. Juli 1919 an bis auf weiteres den Zentner zu 7.- Mark ab Werk
7.40 frei Keller.
Karlsruhe, den 28. Juni 1919. 4581
Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk.

Bekanntmachung.

Den Maßschneidereien in Karlsruhe wurden zu mäßigen Preisen zugeteilt.
Die Maßschneidereien sind angewiesen, aus diesen Stoffen Anzüge gegen Verzug für die Bevölkerung von Karlsruhe, soweit die Stoffmengen ausreichen, herzustellen. Der Preis der Stoffe ist an jedem Stück auf einem Anhängelzettel der unterzeichneten Stelle ersichtlich.
Mehr als einen Anzug darf eine Person nicht erhalten. Wir empfehlen denjenigen der Bevölkerung Karlsruhs, welche einen Anzug benötigen, sich alsbald zwecks Anfertigung möglichst mit ihrer feilherigen Maßschneiderei in Verbindung zu setzen.
Karlsruhe, den 28. Juni 1919. 4588
Wirtschaftsstelle für den Handwerkskammerbezirk Karlsruhe
G. S. m. b. G.
Karlsruhe, Steinstraße 28 I.

Bekanntmachung.

Wegen der hier herrschenden Wohnungsnot ist jeder Bezug von auswärtig verboden. Mietverträge, mündliche oder schriftliche, haben nur mit Genehmigung des Gemeinderats Gültigkeit.
4580
Sagsheld, den 28. Juni 1919.
Der Gemeinderat.

Pferdefleischverkauf.

Einlösung der Marke 1.
Beginn: Dienstag, den 1. Juli 1919.
Verkaufsstelle A, blaue Karten.
Dienstag Nr. 6821-7620 vorm. Nr. 7621-8620 nachm.
Mittwoch " 8821-9620 " 9621-10620 "
Donnerstag " 1061-11620 " 11621-12450 "
Verkaufsstelle B, grüne Karten.
Dienstag Nr. 4903-6000 vorm. Nr. 6001-7100 nachm.
Mittwoch " 7101-8200 " 8201-9220 "
Verkaufsstelle C, gelbe Karten.
Dienstag Nr. 10238-11238 vor. Nr. 11239-12238 nach.
Mittwoch " 12239-13238 " 13239-14238 "
Donnerstag " 14239-15238 " 15239-16238 "
Freitag " 16239-17035 " 17036-21000 "
Verkaufsstelle D, violette Karten.
Dienstag Nr. 16746-18700 vor. Nr. 18091-19400 nach.
Mittwoch " 19401-20750 " 20751-22100 "
Donnerstag " 22101-23450 " 23451-24800 "
Freitag " 24801-26150 " 26151-27500 "
Samstag " 27501-28850 " 28851-30319 "
Verkaufsstelle E, graue Karten.
Dienstag Nr. 6681-7680 vorm. Nr. 7681-8680 nach.
Mittwoch " 8681-9680 " 9681-10680 "
Donnerstag " 10681-11680 " 11681-12000 "
Kopfmenge 125 Gramm Fleisch oder Wurst.
Karlsruhe, den 28. Juni 1919. 4592
Städt. Fleischamt.

Obst-Verteilung.

In folgenden Obstverkaufsstellen:
Nr. 152. Berthold Albert, Daxlanden, Federbachstr. 8a
Nr. 153. Berthold Hermann, Daxlanden, Kastenwiesstraße 26
Nr. 154. Roder Wilhelm, Mühlburg, Ostendorfsplatz 4
Nr. 155. Pfannsch u. Co., Mühlburg, Masthaterstr. 64
Nr. 156. Hartlieb Johann, Mühlburg, Langestr. 33
Nr. 157. Jogle Oh, Ehefrau, Mühlheim, Hauptstr. 21
kommen heute, den 30. Juni, zwischen zum Höchstpreise zu 75 % pro Pfund zur Verteilung.
Die Verteilung erfolgt auf die Haushaltmarken Nr. 55, und zwar:
auf die Haushaltmarke A 2 Pfund
" " " " B 4
Die Haushaltungen werden ersucht, den Einkauf der Obstmarken möglichst in dem Geschäft vorzunehmen, in dem sie im letzten Jahre zum Obstbezug eingetragen waren. Die nicht zur Einlösung kommenden Haushaltmarken A und B Nr. 55 sind zwecks späterer Einlösung unter allen Umständen aufzubewahren.
Für die spätere Obstverteilung wird bis zum 30. Juni wieder eine besondere Kundenliste aufgestellt.
Karlsruhe, den 30. Juni 1919 4592
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Berichtigung.

In der von uns am 26. Juni veröffentlichten Liste der Obstverkaufs-Geschäfte muß es heißen:
unter Nr. 101 Ruh Frau, Kronenstrasse 15
" " 117 Neiger Julius, Goethestrasse 2
" " 139 Reinholdt Karl, Weidenstr. 19
" " 135 Kleiber Albert, Philippstr. 15.
Karlsruhe, den 28. Juni 1919. 4584
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Eine weitere Verkaufsstelle

für P-Marken (Fremden und Militär), Aufnahmestellen für Kranke, Marken für Versorgung von "Mutter u. Kind", wird ab Montag, den 30. Juni 1919
Karl Friedrichstraße 3
Filiale der Firma Pfannsch & Co.
eröffnen.
Karlsruhe, den 28. Juni 1919. 4588
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Kartoffel-Versorgung.

Die Geschäfte des städt. Kartoffelamts gehen mit dem 1. Juli 1919 an das städt. Nahrungsmittelamt, Nowadanlage 10, über.
Die Einwohnerschaft wird deshalb gebeten, sich von da an in Angelegenheiten der Kartoffel-Versorgung an diese Stelle zu wenden.
Karlsruhe, den 28. Juni 1919. 4496
Städt. Kartoffelamt.

Bitte ausschneiden! Erscheint nur einmal!

Eier! Achtung! Eier!
Mein praktisch ausprobiertes Eierprüfungs-Apparat zeigt an, ob das Ei befruchtet oder unbefruchtet ist. Ob es männlichen oder weiblichen Keim enthält. Für jeden Landwirt und Geflügelzüchter unentbehrlich. Preis 6.- M. per Nachnahme. Wissenschaftliche Gutachten und zahlreiche Dankbriefe liegen vor. z 4588
W. Hofmann, Zschöpperitz, Post Döbitchsen S. H.

Schuhmacher

von erstem Schuhgeschäft für Reparaturen gesucht.
Offerten unter Nr. 4578 an das Volksfreund-Büro erbeten.

Herrensocken

per Paar 3.- Mark.
Arthur Baer
Karlsruhe, Kaiserstr. 133
Eingang Kreuzstraße, 1 Tr.

Aktions - Ausschub Karlsruhe.

Dienstag, den 1. Juli 1919, abends 7 Uhr, findet im Saal III der Brauerei Schrenpp, Waldstraße 16-18, eine öffentliche

Verammlung

statt. Tagesordnung:
„Warum ist das Proletariat nicht einig?“
Redner: Metallarbeiter Cuenzer.
Freie Aussprache! Freie Aussprache!
Arbeiter und Arbeiterinnen erscheint in Massen!
Die Führer der drei Arbeiterparteien sind freundlichst eingeladen.
Der Aktionsausschub.

Friedrichshof

Montag, den 30. ds., abends 8 Uhr,
spricht Dr. Martin Olpe über:

Freie Liebe oder? Ehe?

Die Frau der Zukunft!
Die deutsche Frau i. Parlament!
Derselbe Vortrag wurde i. allen Städten mit großer Begeisterung aufgenommen und mußte überall vor Tausenden wiederholt werden. Dr. Olpe gilt als einer der bedeutendsten Redner.
Eintritt 0.50 und 1 Mk., nom. Karten 2 Mk. Karten bei Doert, Musikhdg., Ritterstr. u. a. d. Abendkasse ab 6 Uhr
Kein Genosse und keine Genossin darf fehlen!

Möbel

Eine große Hotel-Einrichtung mit ca. 40 Stück kompletten Betten, Weiszeug, Büffets, Tische, Stühle, Zeller und Peltede, sowie sämtliches Zubehör, erstklassige Arbeit, alles in bestem Zustand
ca. 40 Stück Zweifertische, ca. 50 Stück Einrichtungsstücke, eine größere Anzahl schenische, polierte und eichene Zimmermöbel, ganz massiv, ca. 2000 Stück in drei Ausführungen gut gearbeitete Godeer hat preiswert zu verkaufen.
Möbelfabrik Federle, Wolsch.
Auch ist in meinem Büro, Karlsruhe, Eisenwehstraße 34, näheres zu erfahren.
Ebenso Bauholz in starken Dimensionen. 4580

Die Gefühlskälte der Frauen

Neu erschienen in 45. Auflage:
Kurzliche Nachträge und Beobachtungen aus dem Leben von Frauenarzt Dr. med. H. L. Berlin.
Dieses Werk, dessen Zugabe sich für Her nicht eignet, wird von Dr. med. E. L. in der Augsburger Postzeitung u. a. wie folgt beurteilt: „Nirgends berühren sich die Extreme enger als in der heutigen Ehe. Auf der einen Seite ungezügelter Gefühlsbetonung und Leidenschaftlichkeit bis zur Rasterei, auf der anderen Marmorhärte und Empfindungslosigkeit bis zum Gel und zur Verachtung. Diesen Kapitel ist das ästhetisch veredelte Buch gewidmet, ein aus dem praktischen Leben herausgewachsenes Dokument menschlichen Leidens, geschrieben mit dem Herzblut des humanen Arztes. Mit erschütternden Beispielen aus eigener Praxis belegt Verfasser seine Ausführungen. Bezug gegen Einlösung von R. 2.- oder Nachn. durch Medizin. Verlag Dr. Schwalzer, Abt. 812, Berlin NY 87.“

Lüchtige, brauchbare, ältere Metalldreher,

sowie 2 Einrichter für Pittler-Automaten und mehrere Metalldrücker stellen für lohnende und dauernde Beschäftigung sofort ein

Junkers & Co., Apparate-Bau

Dessau (Anhalt).
Schriftliche Meldung mit Zeugnisabschriften erforderlich. 4590

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.